

Politische Bildung: Zum Demokratieverständnis befähigen

Ein deutliches Zeichen! 16- und 17-Jährigen das Wahlrecht zuzugestehen, sollte weniger vom Blick auf das Wahlergebnis bestimmt sein als vielmehr vom Zutrauen auf die politische Verantwortung. Da liegt der Knackpunkt bei der politischen Bildung. In wessen Händen soll sie liegen? Sicherlich auch in denen der Familie, aber noch mehr in denen der Schule. Hier werden alle Kinder unterrichtet – unabhängig von der Herkunft, der Hautfarbe, der Ethnie. Und die Schule sollte nicht nur ein Garant sein für die objektive Vermittlung der parteipolitischen Vielfalt, sondern auch dafür, Demokratie zu leben. Besonders in der Adoleszenz, wenn Jugendliche mit der Entwicklung ihrer eigenen Identität beschäftigt sind, muss die Schule auch ein Ort werden, an dem junge Menschen auf dem Weg zum Erwachsenwerden zu politischem Bewusstsein und Demokratieverständnis befähigt wer-

den. Laut Richtlinien und Lehrplänen der einzelnen Bundesländer steht die politische Bildung schon längst auf der Agenda des Unterrichts. Das scheint in der Praxis vieler Schulen aber noch nicht angekommen zu sein. Grundsätzlich muss dieser grundlegende Bestandteil schulischer Bildung viel stärker gewichtet werden, umso mehr, wenn das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden soll.

Wenn auch nicht im Kontext des Wahlrechts mit 16 positioniert sich der Ampel-Koalitionsvertrag (S. 11 und 97) gleichwohl richtungsweisend. „Politische Bildung und Demokratieförderung“ seien mehr denn je gefordert und sollen „entlang der Bildungsketten“ gestärkt werden, verspricht die Koalition. Sicherlich ist Bildung Ländersache. Wenn die neue Regierung mehr Kooperation von Bund und Ländern in der Bildung anstrebt, müssen diesen Worten Taten folgen. ■



Quelle: DenkBunt-Thüringen

Mehr politische Bildung denn je! Demokratie-Lernen ist mehr als nur Unterricht in einem Schulfach

ANJA BENSINGER-STOLZE

Immer wieder wird von der angeblich unpolitischen Jugend gesprochen. Spätestens mit der Fridays-for-Future-Bewegung wurde sehr deutlich, dass sich Jugendliche für Politik, für gesellschaftliche Verhältnisse und für ihre Zukunft nicht nur interessieren, sondern auch darauf Einfluss nehmen und mitbestimmen wollen. Die drei Ampel-Koalitionäre – SPD, GRÜNE und FDP – haben in ihrem Koalitionsvertrag darauf reagiert und wollen das Wahlalter für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre senken. Das ist ein gutes Zeichen in Richtung der kommenden Generation. Zur Stärkung der Beteiligung junger Menschen gehört aber ebenso, dass sie ausreichend Gelegenheit bekommen, sich politisch zu bilden und Demokratie in ihren jeweiligen Lebensbereichen zu erfahren und mitzugestalten. Sie sind Bürger:innen jetzt, hier und heute und nicht erst mit der Erlangung der Wahlberechtigung. Während der Corona-Pandemie ist die Brüchigkeit unseres demokratischen Zusammenlebens einmal mehr sichtbar geworden. Verschwörungsphantasien, Fake News, die immer weiter zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit – um nur einige Dimensionen zu nennen – machen dies über-

deutlich. Umso wesentlicher ist es, dass die Schule ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag für politische Bildung, Demokratiebildung, Mitbestimmung und Teilhabe stärker wahrnehmen kann, als das bisher der Fall ist.

Politische Bildung: In den verschiedenen Schulformen sehr unterschiedlich und selten ausreichend verankert

Ein wesentliches Problem besteht darin, dass die Inhalte der politischen und gesellschaftswissenschaftlichen Bildung sowohl in den Bundesländern als auch in den verschiedenen Schulformen sehr unterschiedlich und selten ausreichend verankert sind. So setzt Politik in vielen Bundesländern für Schüler:innen erst spät in der Sekundarstufe I ein und wird auch nicht durchgehend unterrichtet. In sechs Bundesländern wird Politische Bildung frühestens ab Klasse 8 unterrichtet, in Bayern erst ab der 10. Klasse. Ebenso gibt es Unterschiede zwischen den Schulformen. An den Gymnasien sind die Anteile der politischen Bildung stärker vertreten als in den anderen Schulformen. Diese Entwicklungen sind sehr differenziert in den seit 2017 jährlich erscheinenden Forschungsberichten „Ranking Politische Bildung“ der Universität Bielefeld nachzulesen. Im zuletzt erschie-



Bildquelle: GEW/Kai Herschelmann

Anja Bensinger-Stolze ist seit 2021 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. (GEW) und dort zuständig für den Bereich Schule. Zuvor war die 57-Jährige neun Jahre lang Vorsitzende der GEW-Hamburg. Im Hauptberuf arbeitete sie viele Jahre als Gesamtschullehrerin (Sek I/II).

nen Ranking (Gökbudak, Hedtke, Hagedorn; 2021 Bielefeld) wird zudem die Vernachlässigung der politischen Bildung in den beruflichen Schulen als „schwerer demokratiepolitischer Fehler“ gebrandmarkt.

Ökonomische Bildung muss Teil des Politik- oder sozialwissenschaftlichen Unterrichts sein

Eine weitere Gefahr für die Inhalte und den Stellenwert der politischen Bildung besteht in den vermehrten – insbesondere von Wirtschaftslobbyisten – vorgetragenen Forderungen nach mehr ökonomischer Bildung. Gerade in den letzten Jahren haben die Bundesländer dem nachgegeben, sie im Lehrplan aufgewertet und systematischer verortet. Dies geht – ob in Form von Fächerverbänden (z.B. Arbeitslehre, Wirtschaft, Technik usw.) oder in Form eines Pflichtfachs Wirtschaft, wie etwa in Baden-Württemberg – zumeist zu Lasten der politischen Bildung und sozialwissenschaftlicher Fächer wie Gemeinschaftskunde oder Geografie. Ökonomische Bildung muss eingebettet sein in die politischen, sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhänge. Sonst erleben wir eine weitere Verschiebung des Bildungsverständnisses, hin zum unternehmerischen Selbst, das rational und nach eigenem Nutzen agieren soll und das zur Spaltung unserer Gesellschaft führt.

Politische Bildung ist allerdings mehr als ein Unterrichtsfach. Sie ist einerseits die organisierte Auseinandersetzung mit Lerngegenständen, die sich mit der demokratischen Ausgestaltung der Gesellschaft befassen, um damit zur Partizipation an demokratischen Strukturen zu befähigen. Andererseits ist sie fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip und Aufgabe demokratischer Schulkultur und -entwicklung, um Teilhabe sowie das Lernen und Zusammenleben auf Augenhöhe zu ermöglichen. So gilt es zum Beispiel, in jahrgangsübergreifenden Projekten, die die ganze Schulgemeinschaft einbeziehen, politische Fähigkeiten, demokratische Einstellungen und Haltungen zu entwickeln.

Wann, wenn nicht jetzt

Die GEW hat 2018 die „Erklärung zur Politischen Bildung in den Schulen: Wann, wenn nicht jetzt?“ unterstützt, in der die Forderungen einer Tagung der Universität Kassel und der Evangelischen Akademie Hofgeismar zusammengefasst wurden. Wesentlich ist dabei, dass die Ziele und das Prinzip der politischen Bildung bereits früh und über die ganze Bildungsbiografie hin verankert sind. Die demokratische Partizipation der Kinder sollte bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen, in der Grundschule durch altersgemäße politische Bildung im Sachunterricht und schließ-

lich, in den Sekundarstufen bis hin zur beruflichen Bildung, durch das durchgehend unterrichtete Fach Politische Bildung ergänzt werden. Für alle gesellschaftswissenschaftlichen Fächer müssen deutlich mehr Unterrichtsstunden, in der Sekundarstufe I sechs Stunden pro Woche in jedem Jahr zur Verfügung stehen. Der Mindeststandard allein für die Politische Bildung sollte bei zwei Stunden pro Woche ab der 5. Klasse liegen. Dabei ist auch darauf zu achten, dass fachlich qualifizierte Lehrkräfte zum Einsatz kommen.

Es ist Zeit, dies konsequent umzusetzen. Denn: „Die Demokratie ist die einzige staatliche Ordnung, die gelernt werden muss. Autoritäre Systeme müssen nur hingenommen werden, demokratisch verfasste mitgestaltet werden.“ (Oskar Negt, 2010) Wenn die politisch Verantwortlichen nicht nur das Wahlalter herabsetzen wollen, sondern auch junge Menschen gewinnen wollen, die politisch mitgestalten und mitbestimmen wollen und können, dann gilt es jetzt die Politische Bildung im schulischen und außerschulischen Kontext zu stärken und weiter zu entwickeln! ■

Politische Bildung und demokratische Schulkultur



DJI: Forschungsmagazin Impulse. Politische Bildung von Anfang an, München 1/21 (www.dji.de)



Thomas Goll, Ingrid Schmidt (Hrsg.): Politische Bildung von Anfang an? 184 S., J.Klinkhardt-Verlag, 2021



Autorengruppe Fachdidaktik: Was ist gute politische Bildung? 240 S., Wochenschau-Verlag, 2. Aufl. 2017

zwd (no). Die Notwendigkeit politischer Bildung hat im Rahmen der Diskussion um die Herabsetzung des Wahlalters neue Relevanz bekommen. Erstmals wurde das Thema auch im aktuellen 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesrepublik aufgenommen. Das 2. Kapitel trägt explizit die Überschrift „Demokratie verlangt mehr politische Bildung“. Diese ist laut Bericht eine Grundvoraussetzung für die politische Beteiligung – und zwar von Anfang an. Kritiker bemängeln, dass die Richtlinien der einzelnen Bundesländer sowohl quantitativ wie qualitativ hinter diesem Anspruch zurückbleiben. Eine Antwort auf die bildungspolitischen Herausforderungen geben unter anderem die drei ausgewählten Werke. Den Schwerpunkt *Politische Bildung von Anfang an* haben Forscher:innen des Deutschen Jugendinstituts und anderen Wissenschaftseinrichtungen in einen größeren Zusammenhang gestellt. Während das Forschungsmagazin einen theoretischen Querschnitt durch die Politische Bildung von der Demokratie als Bildungsgegenstand bis zur Demokratie als Erfahrung – die Kita wie auch weiterführende Schulen einbeziehend – macht, sind die beiden Bücher auch praxisorientiert. Der Sammelband *Politische Bildung von Anfang an?* dokumentiert die Ergebnisse der gleichnamigen Tagung, die im Dezember 2019 in Dortmund stattfand. Aufgrund von Studien werden Handlungsempfehlungen formuliert für demokratiebezogenes Lernen und politische Sozialisation in Kitas und Grundschulen. Für allgemeinbildende Schulen geben Fachdidaktiker:innen in dem Buch *Was ist gute politische Bildung?* konkrete Antworten. Neben einer Vielzahl von W-Fragen zur Gestaltung eines modernen politischen Unterrichts geht es auch um die Implementierung einer demokratischen Schulkultur.